

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 29.07.2009
	Schriftführerin Petra Weymans
	Telefon-Nr. 02202/14-2554
Niederschrift	
Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 9. Juni 2009
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:15 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A4
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
Seite A4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.04.2009 - öffentlicher Teil -**
236/2009, Seite A4
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A4
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite A5

6. **Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr**
254/2009, Seite A6
7. **Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch - Bergischen Kreis**
242/2009, Seite A10
8. **Auswertung der OGS-Befragung**
253/2009, Seite A11
9. **Sprachstandserhebung Delfin 4: Erfahrungen und aktuelle Umsetzung**
209/2009, Seite A12
10. **Bürgerzentrum Steinbreche Jahresbericht 2008**
252/2009, Seite A13
11. **Jahresbericht 2008 Bürgerzentrum Schildgen**
244/2009, Seite A13
12. **Jahresbericht Kultur 2008**
247/2009, Seite A14
13. **Jahresbericht 2008 Theater Bürgerhaus Bergischer Löwe**
228/2009, Seite A16
14. **Jahresbericht des Stadtarchivs 2008**
237/2009, Seite A16
15. **Kulturprojektförderung 2. Halbjahr 2008**
227/2009, Seite A17
16. **Jahresbericht 2008 der Bücherei Paffrath**
241/2009, Seite A17
17. **Neubau der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath**
268/2009, Seite A18
18. **Antrag der BfBB Fraktion auf Errichtung oder Erweiterung einer Gesamtschule**
261/2009, Seite A18
19. **Antrag der FDP-Fraktion zum Projekt "Mach Dich auf den Weg" vom 30.03.09**
240/2009, Seite A21
20. **Anträge der Fraktionen**
Seite A23
21. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A23

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
Seite B1
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite B1
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
Seite B1
4. **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**
Seite B1
5. **Anträge der Fraktionen**
Seite B2
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite B2

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Herr Dr. Miede um Zustimmung, dass die Tagesordnungspunkte 6, 8 und 9 zusammen behandelt werden und danach der Tagesordnungspunkt 7, da Herr Zenz noch einen Anschlusstermin hat. Der Ausschuss stimmt dem zu. Er kündigt zudem die Darbietung eines jungen Musikers der Musikschule im Laufe der Sitzung an.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann den Kämmerer Herrn Mumdey, die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@->

Herr Dr. Miede teilt mit, die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung liege als Tischvorlage vor. Er erläutert die Gründe für die Verspätung.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder wird die Genehmigung der Niederschrift auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.04.2009 - öffentlicher Teil -

@->

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Herr Dr. Miede trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Mumdey teilt mit, es sei zur heutigen Sitzung keine Vorlage zum Thema Konjunkturpaket II - Verteilung der Restmittel - erstellt worden, da bis in die Woche vor Pfingsten noch Anträge eingegangen seien. Diese seien sachgerecht zu prüfen und gegeneinander abzuwägen. Zudem weist er auf die Vorlagen aus dem Jahr 2006 hin, in denen Prioritäten bezüglich der Sportplatzsanierungen beschlossen worden seien. Es gebe sanierungsbedürftige und weniger sanierungsbedürftige Vorhaben, zusätzlich seien verschiedene Finanzierungen zu hinterfragen. Er erklärt, dass folgende Anträge vorlägen: SV Refrath Frankenforst - Umwandlung des Sportplatzes Heuweg in einen Kunstrasenplatz, SC 27 - Sanierung des Sportplatzes Saaler Mühle, SV Jan Wellem - Umwandlung der Sportstätte Am Rübezahwald, TV Herkenrath - Vorziehung der Sanierung des Sportplatzes Herkenrath in 2009 und Umwandlung in eine Kunstrasenanlage. Ferner gebe es noch den Antrag der Turnerschaft - Instandhaltungsmaßnahmen an verschiedenen Sportstätten. Dieser sei von der Bauverwaltung bisher abgelehnt worden, da es sich nicht um eine energetische Maßnahme handle, müsse jedoch nach der bevorstehenden Grundgesetzänderung mitberücksichtigt werden. Zu all diesen Anträgen seien verwaltungsintern die Finanzierungen, die Rahmenbedingungen und Prioritäten zu prüfen. Für die nächste Ausschusssitzung werde eine entsprechende Vorlage zu den Anträgen vorgelegt.

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Die IKPS aus Stuttgart sei mit der Erstellung des Sportentwicklungsplans beauftragt worden und der Auftrag sei inzwischen unterschrieben worden. Man bewege sich im Rahmen der vom Rat bewilligten Haushaltsmittel. Die Arbeiten werden im Juli mit einer Bestandsaufnahme beginnen. Die an die Verwaltung herangetragenen Bitten und Wünsche würden beachtet und die Einbindung der Vereine bzw. der Politik zum gegebenen Zeitpunkt erfolgen.
- Der Zeitplan beim Kulturentwicklungsplan verschiebe sich leider nach hinten, da die Gespräche mit der Wirtschaft und mit den Sponsoren, Stiftungen und Mäzenen aus terminlichen Gründen erst nach den Sommerferien stattfinden könnten. Bei den Fragebögen gebe es derzeit einen Rücklauf von 109, d.h. 50 % der ausgesandten Fragebögen seien zurückgekommen. Derzeit laufe noch die Erfassung. Ferner habe ein Gespräch mit den umliegenden Kommunen zum Thema regionale kulturelle Zusammenarbeit statt gefunden, an dem auch die Stadt Köln teilgenommen habe. Bei diesem Gespräche habe man beschlossen – schon im Vorgriff auf den Kulturentwicklungsplan – die regionale kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren. Im Herbst werde dazu ein erneutes Treffen stattfinden um dann konkret an dem Thema regionale Vernetzung weiter zu arbeiten.
- Zum 1. Juli werde die neue Leiterin der Volkshochschule - Frau Dr. Birgitt Killersreiter - ihren Dienst antreten. Die Lücke nach dem Ausscheiden von Herrn Ludwig sei damit geschlossen worden. Gleichzeitig bedankt er sich bei Herrn Paaß für die hervorragende Vertretung.

<-@

Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in

Bergisch Gladbach - Teil II: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. - 10. Lebensjahr

@->

Herr Dr. Miede fragt die Ausschussmitglieder, ob sie über die Punkte im Beschlussvorschlag einzeln oder zusammen abstimmen möchten.

Herr Dr. Speer weist darauf hin, dass es zum Tagesordnungspunkt A6 noch eine Tischvorlage mit zwei weiteren Ergänzungen zum Beschlusstext gebe. Punkt 5 sei eine Klarstellung bezüglich der Erhöhung der Gesamtplatzzahl auf 2.170 Plätze ab 1.8.09. Bei Punkt 6 handele es sich um einen Auftrag an die Verwaltung, Kriterien und Verfahrensweisen zu entwickeln, wie zukünftig mit Anmeldungen umgegangen werde, die über die 2.170 hinausgehen.

Herr Gerhards erklärt, die FDP-Fraktion werde sich zurzeit noch enthalten. Man sei mit einer Abstimmung aller Punkte zusammen einverstanden.

Herr Dr. Miede stellt fest, dass es keine Einwände gegen eine Abstimmung aller 6 Punkte in einem Vorgang gebe.

Herr Zenz erläutert, dass es nun seit 5 Jahren die Offene Ganztagschule gebe und man viele Erfahrungen in den vergangenen Jahren gesammelt habe. Immer wieder habe es Anregungen von verschiedenen Seiten gegeben, die Richtlinien zu erweitern, zu ergänzen bzw. fortzuschreiben. Ausschlaggebend sei die Bitte der Träger um mehr Finanzmittel gewesen. Darauf hin sei versucht worden, die Richtlinien zu modernisieren und an die heutige Situation anzupassen. Herr Zenz erinnert in diesem Zusammenhang an die Zeit vor 5 oder 6 Jahren, als man mit der Richtliniendiskussion angefangen habe. Damals sei es darum gegangen, etwas völlig Neues auf den Weg zu bringen: die Ablösung des Hortes durch den Offenen Ganztag. Der Offene Ganztag sei etwas Besonderes gewesen, den niemand gekannt habe. Heute jedoch sei der Offene Ganztag das ganz normale Geschäft an jeder Grundschule in Bergisch Gladbach. Momentan sei man auf dem Weg, mindestens 50 % der Kinder im Offenen Ganztag zu betreuen. Die Voraussetzungen hätten sich geändert. Daher habe man unter dem Aspekt des Übergangs vom additiven zum integrierten Konzept versucht, mit den Richtlinien Wege aufzuzeigen, wie man auch zusätzliche Kinderzahlen am Nachmittag in der Grundschule unterbringen könne, wie dies inhaltlich umzusetzen sei und welche Voraussetzungen dafür nötig seien. Ferner habe die Verwaltung vorgeschlagen, die freiwillige Förderung auf 2.170 Kinder zu erhöhen, was im Endeffekt eine 6 %ige Erhöhung der Zuschüsse für die Träger bedeute. Dies mache ungefähr die Preis-Indexsteigerung seit dem Jahre 2004 aus.

Herr Gerhards sieht für die FDP-Fraktion noch Beratungsbedarf. Spätestens in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses würden dann ergänzende Anträge gestellt werden oder Zustimmung signalisiert. Im Grundsatz stünden sie dem Modell sehr positiv gegenüber, welches sie ja von Beginn an auch mitgetragen hätten. Er möchte noch wissen, wie die Mehrkosten von 270.000 € bzw. laut der Tischvorlage von 310.000 € zu Stande kämen.

Herr Zenz erläutert, die Mehrkosten würden dadurch entstehen, dass die Mittel, die zusätzlich vom Land für die GU-Kinder, also die Förderkinder, gewährt würden, an die Träger weitergegeben würden. Diesen stünden somit mehr Mittel zur Verfügung,

um z.B. kleine Gruppen finanzieren zu können. Dies seien die in der Vorlage ausgewiesenen 40.000 €. Zusätzlich sei dargestellt, was es bedeuten würde, wenn statt 1.800 Plätze nun 2.170 Plätze gefördert würden. Diese Mehrkosten würden ca. 270.000 € betragen. Zusammen ergäbe dies Mehrkosten von rund 310.000 € pro Jahr.

Herr Mumdey verweist in diesem Zusammenhang auf die Seiten 16 und 18 der Vorlage.

Frau Winkels möchte wissen, wann der in der Vorlage erwähnte Schulentwicklungsplan (Seite 15) vorgelegt werde und wie die Zahlen dann aussähen. Weiterhin fragt sie bezüglich Seite 17 der Vorlage an, ob es schon Rückmeldungen von den Schulen gebe, ob sie nach den Richtlinien arbeiten könnten. Ferner möchte sie wissen, ob ein Konsens zwischen Eltern, freien Trägern und der Stadt erlangt worden sei (Seite 18).

Herr Dr. Speer erläutert, dass es sich bei dem in der Vorlage erwähnten Schulentwicklungsplan um den Integrierten Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplan für die Kindertagesstätten und die Primarstufe handele, den der Rat 2007 beschlossen habe. Der Schulentwicklungsplan für die Sekundarstufe I und II werde im nächsten Jahr vorlegt.

Frau Lehnert teilt mit, dass auch die CDU-Fraktion noch einige Fragen bzw. Anmerkungen habe. Es sei ein sehr umfangreiches Werk, und sie danke der Verwaltung für die Auflistung. Gleichwohl hätte sie gerne gewusst, wie die Endsummen sich zusammensetzen, damit diese nachvollziehbar seien. Zu Ziffer 2.2 des Kommentars merkt sie an, dass dort von „keine Aufnahmebeschränkung“ gesprochen werde. Da jedoch heute die Entwicklung noch nicht abzuschätzen sei, solle hier vielleicht ein „möglichst“ eingefügt werden. Zum integrierten Raumkonzept unter Punkt 2.4 (Seite 16) merkt sie an, dass sie den dort erwähnten Grundsatz so nicht akzeptieren könne, da ein Angebot im Bereich Freizeit doch mehr Platz brauche als ein pädagogisches Angebot im Bereich Schule. Derzeit sei in den Klassenräumen nicht mal Platz für ein zusätzliches Regal für die Freizeit. Weiterhin möchte sie wissen, warum nun auch für die Kinder der Wilhelm-Wagener-Schule der Elternbeitrag eingeführt werde (Ziffer 3 des Beschlussvorschlages). Obwohl dies zunächst einmal sehr gerecht klänge, seien die Gründe für die Änderung nicht ganz nachvollziehbar. Sie möchte hier sichergestellt haben, dass kein Kind deswegen vom OGS-Angebot abgemeldet werden müsse. Ferner geht sie auf die Rücklagenbildung (Punkt 8.8 der Richtlinien) ein und weist daraufhin, dass die Träger das Risiko selber tragen müssten. Sie plädiert dafür, die Höhe der Rücklage nicht auf ein Viertel zu begrenzen, sondern auf 30 % aufzustocken, um den Trägern entgegenzukommen. Zuletzt bemängelt sie die fehlende Aktualität der Aufnahmezahlen. Da die Aufnahmen für den Offenen Ganzttag ja bereits abgeschlossen seien, bittet sie die aktuellen Zahlen baldmöglichst mitzuteilen. Gleichwohl teilt sie mit, dass die CDU-Fraktion den neuen Richtlinien im Großen und Ganzen zustimmen werde und äußert die Hoffnung, dass diese trotz der bevorstehenden finanziellen Aufgaben nicht nur im nächsten Schuljahr so durchgeführt werden könnten.

Herr Dr. Speer greift die Frage von Frau Winkels zum Entstehungs- und Beteiligungsprozess auf und erläutert, dass der Richtlinienentwurf nach der verwaltungsinternen Beratung dann in einer Konferenz mit den Trägern, Schulleiterinnen und Schulleitern und den jugend- bzw. schulpolitischen Sprechern

beim Paritätischen Wohlfahrtsverband diskutiert worden sei. Ein großer Fragenkatalog sei erstellt worden. Daraufhin habe sich eine Redaktionsgruppe gebildet, bestehend aus Herrn Hildner von der evangelischen Kirche für die freien Träger, Herrn Zenz für das Jugendamt, Frau Arent-Krüger als Vertreterin der Schulleitungen und Herrn Dr. Speer, um die Anregungen aus der Konferenz redaktionell einzuarbeiten. Danach seien die überarbeiteten Richtlinien noch einmal von den Fraktionen, Trägern und Schulleitungen beraten worden. Ein größtmöglicher Konsens sei so hergestellt worden.

Frau Scherer möchte bezüglich der Landesförderung von 840 € pro Platz und Jahr für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (Seite 16) wissen, ob diese Mittel einer Zweckbindung unterliegen und extra ausgewiesen werden müssten und wie zielgerichtet sie eingesetzt werden könnten. Als Beispiel nennt sie die Einstellung eines Logopäden, falls mehrere Kinder einen logopädischen Sonderbedarf hätten.

Herr Zenz erläutert, dass das Land diese 840 € allein auf Grund der Tatsache gewähre, dass es sich um Förderkinder an einer Förderschule oder Regelschule handele. Diese Mittel erhalte die Stadt heute schon. Der Landeszuschuss für diese Kinder betrage 1.660 € pro Kind, der Zuschuss der Stadt 2.000 € bzw. 2.500 € pro Kind. Den Landeszuschuss in Höhe von 840 € wolle man nun eins zu eins an die Träger weiter geben. Der Träger sei in der Mittelverwendung frei. Wie er diese Mittel für die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf einsetze, sei nicht vorgeschrieben.

Zum Hinweis von Frau Lehnert auf das bedarfsgerechte Angebot (Ziffer 2.2 des Kommentars) und der Einfügung des Wortes „möglichst“, merkt Herr Zenz an, dass durch die Ergänzung des Punktes 6 im Beschlussvorschlag dem Anliegen von Frau Lehnert Rechnung getragen werde. Ziel sei es, allen Kindern einen Platz im Offenen Ganztage anzubieten, andererseits brauche der Träger laut den Richtlinien nur so viele Plätze vorzuhalten, wie mit der freiwilligen Förderung der Stadt umgesetzt werden könnten. Für den Fall eines höheren Bedarfes sei vorgesehen, Kriterien für das Aufnahmeverfahren festzulegen. Bezüglich des integrierten Raumkonzeptes erklärt er, dass zwischenzeitlich 12,17 Mio. Euro in den Offenen Ganztage investiert worden seien. Jede Schule habe zusätzliche Raumkapazitäten erhalten. Gleichwohl gebe es sicherlich hier und da noch Defizite. Aber im Großen und Ganzen würde der Grundsatz (Ziffer 2.4 S. 16 der Vorlage) stimmen. Die Verwaltung stehe hinter diesem Grundsatz. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass Schule sich durch den Offenen Ganztage verändert habe und Schule heute andere Wege gehe, um den offenen Ganztage voll zu integrieren. Es gebe nicht mehr dieses Nebeneinander von Unterricht am Morgen und Betreuung am Nachmittag, sondern Schule müsse gemeinsam mit dem Offenen Ganztage und den Eltern überlegen, was ggf. bezüglich des Ressourceneinsatzes im Sinne eines integrierten Konzeptes verändert werden muss.

Zur Einführung des Elternbeitrages für Kinder der Wilhelm-Wagener-Schule erklärt Herr Zenz, dass es sich tatsächlich um ein schwieriges Thema handele. Man habe hier dem Gleichheitsgrundsatz Rechnung tragen müssen. In den Anfangsjahren habe es keine GU-Kinder an den Regelschulen gegeben, sondern nur an der Förderschule. So sei damals entschieden worden, die Stadt vereinnahme diese besondere Landesförderung und verzichte dafür zum Ausgleich auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Kinder der Wilhelm-Wagener-Schule. Heute erhalte man auch für die GU-Kinder an den Regelschulen diese besondere Landesförderung, so dass zur Gleichbehandlung bezüglich der Erhebung der Elternbeiträge ein neuer Weg

gefunden werden musste. Es seien auch andere Wege möglich, aber die Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes falle dann umso schwerer. Herr Zenz hofft, dass kein Kind auf Grund der Erhebung abgemeldet werden müsse und weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass über 30% der Eltern sowieso keinen Elternbeitrag auf Grund zu geringen Einkommens zahlen müssten.

Herr Zenz erläutert sodann die Mehrkosten von 40.000 € unter Ziffer 2.6 (Seite 16): an der Wilhelm-Wagener-Schule seien derzeit 53 Kinder, für die es jeweils eine Landesförderung von 840 € gebe = ca. 45.000 € insgesamt. Dieser Betrag sei auf Grund der einzunehmenden Elternbeiträge auf 40.000 € abgerundet worden.

Zuletzt geht Herr Zenz auf die Rücklagenbildung ein (Ziffer 8.8 der Richtlinien). Er stimme Frau Lehnert zu, dass der Träger allein das Risiko trage. Ersatzbeschaffungen seien ebenso aus der Rücklage zu zahlen wie evtl. Arbeitsgerichtskosten usw. Von daher sei ein Mittelweg zu finden bezüglich der Höhe Rücklage und dem Betrag, der letztlich den Kindern zugute kommen solle. Als Grenze habe man nach Rücksprache mit den Trägern ein Viertel gewählt. Zusätzlich stelle der letzte Satz eine Öffnungsklausel für Sondersituationen dar. Er nehme den Vorschlag, die Grenze auf 30 % zu erhöhen, mit in die weiteren Beratungen auf.

Frau Beisenherz-Galas möchte noch wissen, warum eine Aufnahme in das Außerunterrichtliche Angebot grundsätzlich nur zu Beginn eines Schuljahres möglich sei und ob man nicht im Interesse der Kinder eine Aufnahme zum Schulhalbjahr ermöglichen könne.

Herr Zenz erklärt, dass dies auf Grund der Modalitäten für die Beantragung der Landesmittel nicht (bzw. nur in den beschriebenen Ausnahmefällen) möglich sei. Die Fördermittel seien bis zum 31.03. für das folgende Schuljahr beim Land zu beantragen. Am ersten Montag nach den Herbstferien könne dann noch eine Korrekturmeldung beim Land eingereicht werden. Die dann dem Land mitgeteilte Meldung sei Grundlage für den Zuwendungsbescheid des Landes. Unterjährige Veränderungen würden nicht berücksichtigt werden.

Frau Winkels äußert ihre Bedenken zu Punkt 5.3 der Richtlinien (Seite 23), wonach die Leiterin / der Leiter des Außerunterrichtlichen Angebots an der Lehrerkonferenz teilnehmen können sollte. Da dies ein organisatorisches, schulisches Instrument sei, könne jemand, der diesem Gremium nicht angehört, eigentlich auch nicht teilnehmen.

Herr Dr. Mieke schlägt darauf hin folgende Ergänzung vor: „Die Leiterin / der Leiter sollte an Lehrerkonferenzen teilnehmen können, wenn das Außerunterrichtliche Angebot betroffen ist.“ Die Leiterin / der Leiter habe somit das Recht bei Beratungspunkten, die das außerordentliche Angebot betreffen, teilzunehmen.

Herr Dr. Mieke stellt das ganze Paket einschließlich der zwei Ergänzungen - Höhe der Rücklage und Ergänzung der Ziffer 5.3 der Richtlinien – zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig, bei drei Enthaltungen von FDP und BfBB, den folgenden **Beschlussvorschlag**:

- 1. Es wird begrüßt, mit der Neufassung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen einen Einstieg zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach gefunden zu haben.*

2. Dem Teil II der städtischen Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 6. – 10. Lebensjahr, die die städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen beinhalten, wird zugestimmt
3. § 2 (12) der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 08.06.2006, der lautet: „Für Kinder des 1. bis 6. Schuljahres der Wilhelm-Wagener-Schule, die das Außerunterrichtliche Angebot der Offenen Ganztagschule besuchen, wird seitens der Stadt Bergisch Gladbach kein Beitrag erhoben.“ wird mit Wirkung ab 01.08.2009 gestrichen.
4. Die Regelungen in den „Richtlinien zur Förderung des Außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ (Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach vom 27.05.2004, zuletzt geändert am 20.09.2007) über die städtische Förderung von Betreuungsangeboten an weiterführenden Schulen behalten bis zur Beschlussfassung über die „Richtlinien zur städtischen Förderung der Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach – Teil III: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern im 10. – 15. Lebensjahr“ ihre Gültigkeit.
5. In Abänderung der bisherigen Beschlusslage wird für das Außerunterrichtliche Angebot an den städtischen Grundschulen und der Wilhelm-Wagener-Schule die stadtweite Platzzahl auf 2.170 ab dem 01.08.2009 festgesetzt.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, für den JHA und den ABKSS eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, in der die Kriterien und Verfahrensweise festgesetzt werden, damit die vorrangig bedürftigen (im Sinne des SGB VIII) Kinder in das Außerunterrichtliche Angebot aufgenommen werden, wenn nicht hinreichend Haushaltsmittel für eine Nachfrage deckende Anzahl von Plätzen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Sitzung wird für die angekündigte musikalische Darbietung unterbrochen. Paul Heiliger, Preisträger beim diesjährigen Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“, präsentiert auf dem Euphonium ein Allegro von Mozart. Begleitet wird er am Klavier von Frau Hedwig Kucharczyk.

<-@

@->

<-@

7

Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch - Bergischen Kreis

@->

Herr Dr.Speer erläutert, der Vertrag sei das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kreis. Inhaltlich sei in vergangenen Ausschusssitzungen bereits darüber berichtet worden.

Herr Schneeloch fragt an, ob die Kooperation auf die Gemeinde Odenthal, die Stadt Bergisch Gladbach und den Kreis begrenzt sei. Ferner möchte er wissen, wer mit dem Begriff „relevante Partner“ auf Seite 38 (Präambel) gemeint sei.

Herr Dr. Speer teilt mit, dass laut dem Kooperationsvertrag des Landes mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis auch jede andere Kommune im Rheinisch-Bergischen Kreis einen solchen Vertrag mit dem Kreis abschließen könne. Die Stadt Bergisch Gladbach und die Gemeinde Odenthal hätten auf Grund ihrer Erfahrungen mit dem Modellprojekt „Selbstständige Schule“ entschieden, einen eigenen Kooperationsvertrag mit dem Kreis abzuschließen. Mit den relevanten Partner seien alle die gemeint, die sich mit dem Thema Bildung im Rheinisch-Bergischen Kreis auseinander setzen würden. Am 03.06.09 habe beim Rheinisch-Bergischen Kreis die erste Bildungskonferenz stattgefunden.

Frau Beisenherz-Galas fragt nach der Vereinbarkeit des unter Ziffer 4 des Vertrages aufgeführten Unterpunktes „Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren als Maßnahme zur Bündelung der sonderpädagogischen Förderung“ und der derzeitigen Entwicklung in der Schulpolitik des integrativen Ansatzes für behinderte Kinder. Immer mehr Eltern möchten ihre Kinder auf die normalen Regelschulen schicken.

Herr Dr. Mieke weist darauf hin, der Ausbau der Förderschule zu einem Kompetenzzentrum sei der Wunsch der Wilhelm-Wagener-Schule. Die Schule habe über dieses Kompetenzzentrum entsprechende Einwirkungsmöglichkeiten auf die anderen Grundschulen. Der Ausschuss habe dies auch so beschlossen. Der Antrag sei leider von der Landesregierung bisher abgelehnt worden. Dies unterlaufe aber nicht den integrativen Ansatz.

Herr Bernhauser ist der Auffassung, dass mit diesem Vertrag dem Kreis gegenüber das Signal gesetzt werde, in besonderer Weise an diesem regionalen Bildungswerk mitzuarbeiten. Bergisch Gladbach habe sehr viele Bildungseinrichtungen von der Elementarstufe bis zur Erwachsenenbildung und sollte in der Entwicklung der regionalen Bildungslandschaften eine Rolle spielen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

<-@
@->

Der Rat ermächtigt die Verwaltung zum Abschluss eines Kooperationsvertrages zum regionalen Bildungsnetzwerk mit der Gemeinde Odenthal und dem Rheinisch – Bergischen Kreis.

<-@

8 Auswertung der OGS-Befragung

@->

Herr Dr. Mieke merkt an, dass es schwierig sei, die Fülle an Daten und Zahlen nachzuvollziehen, da er die dazugehörigen Fragen nicht kenne. Um diesem Zahlenwerk wirklich Rechnung tragen und es entsprechend würdigen zu können, regt er an, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen. Zusätzlich bittet er um Zusendung der Fragebögen mit der Niederschrift.

Frau Scheerer regt an, die Zahlen in Form von Tabellen darzustellen. Die Erläuterungen seien sehr textlastig.

Herr Neu bemerkt, auf Seite 59 im zweiten Absatz („Mit Blick auf die Schule (Schulorganisation) ...“) gebe es mehr unzufriedene als zufriedene Schulleitungen. Dies gebe ihm zu denken und sollte bei der kommenden Beratung diskutiert werden.

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird auf die nächste Ausschusssitzung verschoben.

<-@

9 Sprachstandserhebung Delfin 4: Erfahrungen und aktuelle Umsetzung

@->

Frau Winkels möchte gerne wissen, wie viele Kinder nach dem Test zur zweiten Stufe eingeladen und wie viele Kinder dem grünen, gelben und roten Bereich zugeordnet worden seien.

Herr Zenz führt zur zweiten Frage aus, dass von den 1.026 Kindern tatsächlich 170 Kinder noch einen Förderbedarf hatten („rot“). Dieser würde dann auch tatsächlich umgesetzt. Für den größten Teil dieser Kinder sei dies relativ unproblematisch, da dies über den Kindergarten geregelt würde. Probleme und Sorgen würden die Kinder bereiten, die noch keinen Kindergarten besuchen. Die Antwort auf die erste Frage wird schriftlich der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Miede fragt an, ob die Anzahl der Kinder bekannt sei, die einen Sprachförderbedarf hätten, aber keine Kindertagesstätte besuchen würden.

Herr Zenz wird auch diese Frage schriftlich beantworten.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereiches 5
Ergänzung zu Drucksachen-Nr. 209/2009

Sprachstandsfeststellung nach Delfin 4			
Ergebnisse der Feststellung in 2008			
insgesamt wurden getestet		1.026	100,0 %
Förderbedarf nach Stufe 1		99	9,6 %
nach Test in Stufe 1 nicht klarer Förderbedarf	246		
davon Förderbedarf nach Test Stufe 2		44	4,3 %
nur in Stufe 2 getestet	105		
nur in Stufe 2 getestet mit Förderbedarf		27	2,6 %
Anzahl der Kinder mit Förderbedarf nach Test Stufe 1 und Stufe 2		170	16,6 %
Bei der Anzahl der Kinder die <u>nur in Stufe 2 getestet</u> wurden handelt es sich um 105 davon 78 ohne Förderbedarf (63 waren ohne Kita-Platz/15 mit Kita-Platz waren bei der 1. Stufe krank oder in Urlaub) und 27 mit Förderbedarf (21 waren ohne Kita-Platz/ 6 mit Kita-Platz waren bei der 1. Stufe krank oder in Urlaub).			

Migrantenanteil:

Die Eltern werden weder nach der Nationalität noch direkt nach einem evt. Migrantenhintergrund befragt. Es wird allerdings erhoben, ob zu Hause Deutsch gesprochen wird bzw. ob zu Hause zwei Sprachen gesprochen werden. Daraus ergibt sich folgende Feststellung:

Von 170 Kindern mit Sprachförderbedarf sprechen 53 Kinder (31 %) kein Deutsch in ihrer Familie, 55 Kinder (32 %) wachsen zweisprachig auf.

Ausbildung der externen Fachkräfte, die in den Kindertagesstätten die Sprachförderung anbieten:

Die Ausbildungen sind uns im Detail nicht bekannt. Der Ausbildungsgrad ist unterschiedlich, da Ausbildungen innerhalb von ein paar Tagen oder aber auch innerhalb von 1 1/2 Jahren gemacht werden können. Überwiegend sind es ErzieherInnen mit Zusatzausbildung im Bereich Sprache, die u. a. mit Sprachförderprogrammen wie "Keiner ist so schlau wie ich" oder „Kon-Lab“ arbeiten. Hierzu müssen vorweg mehrtägige Seminare besucht werden, damit das Programm angewendet werden kann. In wenigen Fällen werden Logopäden eingesetzt. In Integrativeinrichtungen sind es auch öfter Heilpädagogen, die die Sprachförderung durchführen.

<-@

10 Bürgerzentrum Steinbreche Jahresbericht 2008

@->

Herr Dr. Speer erläutert, dass es sich bei diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt um die Jahresberichte der beiden Trägervereine handele.

Herr Neu lobt die hervorragende Tätigkeit der Trägervereine. Es sei beispielhaft, wie hier vorgegangen werde. Er vermisse jedoch eine Haushaltsaufstellung. Dazu verweist Herr Mömkes auf den Vertrag zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Trägerverein des Bürgerzentrums Steinbreche. Dieser Vertrag sieht die Vorlage eines Kassenberichts nur auf Anforderung vor.

Herr Dr. Miede bittet um die Vorlage des Kassenberichts.

Frau Lehnert schließt sich dem Lob von Herrn Neu an und dankt den Trägervereinen für ihre Tätigkeit, die ja zum großen Teil ehrenamtlich geleistet werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

11 Jahresbericht 2008 Bürgerzentrum Schildgen

@->

Frau Koshofer bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls bei den Trägervereinen. Sie ist erfreut über die Anzahl der Sponsoren beim Bürgerzentrum Steinbreche.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

12 Jahresbericht Kultur 2008

@->

Herr Dr. Miede schlägt vor, die einzelnen Berichte nacheinander zu behandeln.

Stadtbücherei

Herr Kleine möchte gerne wissen, wie viele Kinder und Jugendliche an den Projekten „Kinder lernen Bücher lieben – Frühkindliche Leseförderung“ und „Erlebnis Bibliothek – Bibliotheksführung für Kinder“ (Seite 93) teilgenommen hätten. Sodann fragt er nach den Gründen für die Verschlechterung der Ausleihzahlen des PRO in Bensberg und ob Unterstützung nötig sei bzw. wie diese aussehen könnte. Zuletzt möchte er zum noch zu erarbeitenden Konzept über die Zukunft der Bücherei Bensberg nach dem 31.12.2010 (Seite 95, letzter Satz) wissen, wer dieses erarbeite und ob man frühzeitig mit einbezogen werden könne.

Da Frau Lenz-Reichwein nicht anwesend ist, bittet er um schriftliche Beantwortung.

Frau Koshofer verweist auf die wesentlich höheren Ausleihen der Bücherei Paffrath, was wohl an der Schulnähe liege und betont die Notwendigkeit, die Bücherei Bensberg an eine Schule anzuschließen.

Volkshochschule

Frau Lehnert spricht die Zusammenarbeit mit den Schulen an (Ziffer 3.2). Sie möchte wissen, ob geplant sei, verstärkt auf die Schulen zuzugehen bzw. ob ein Konzept zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen angedacht sei.

Herr Kleine schließt sich der Frage von Frau Lehnert an und fragt an, warum nur eine Kooperation mit dem NCG bestehe und nicht auch mit den anderen Schulen und ob man unterstützend tätig werden könne. Darüber hinaus lobt er die sehr gute Arbeit der Volkshochschule, vor allem im sprachlichen und EDV-Bereich.

Herr Paaß teilt mit, die Schulen hätten im Bereich Sprachen und EDV die Möglichkeit über das Schulministerium direkt Prüfungen abzurufen. Von dieser Möglichkeit würden vielen Schulen, vor allem beim Cambridge-Englisch-Projekt Gebrauch machen. Das NCG sei die einzige Schule, die für dieses Projekt eine Kooperation mit der Volkshochschule eingegangen sei. Er betont, dass jede Schule, die mit der Volkshochschule zusammenarbeiten möchte, willkommen sei. Die Möglichkeit der Kooperation sei den Schulen auch bekannt.

Haus der Musik

Herr Kleine lobt die Arbeit der Musikschule. Positiv zu erwähnen sei die Steigerung der Nutzerzahlen, vor allem im Kinder- und Jugendbereich. Diese sei wohl auch auf die große Zahl von Kooperationen mit Schulen und Kindertagesstätten

zurückzuführen, die auf Seite 100 und 101 aufgeführt seien. Er möchte noch wissen, ob es ein Nachfolgeprojekt zu dem auf Seite 99 aufgeführten Hexenprojekt gebe.

Herr Herweg teilt mit, dass es sich bei dem Hexenprojekt um ein städtisches Kulturprojekt gehandelt habe. Über die Erstellung des Kulturentwicklungsplanes sei man mit den Kultureinrichtungen und den freien Kulturschaffenden im Gespräch, woraus sich neue Projekte entwickeln könnten.

Frau Lehnert schließt sich dem Lob von Herrn Kleine an. Die Zahlen der Musikschule würden belegen, wie viel sie für die Stadt Bergisch Gladbach leiste. Sie möchte gerne noch wissen, ob die Anzahl der Kinder, die in den offenen Ganztagsgrundschulen über die Kooperationen teilnehmen, in der Tabelle erfasst seien.

Herr Herweg erklärt, diese seien im Projektbereich miteinbezogen. Dieser habe auch eine Steigerung erfahren. Im offenen Ganztags habe man die Gruppenstärke auf bis zu 15 Schülerinnen und Schüler begrenzt. Herr Herweg weist noch auf einen Zahlendreher hin. Die Zahl der Veranstaltungen der Musikschule im Jahre 2008 müsse von 129 auf 192 geändert werden (Tabelle auf Seite 99).

Auch Herr Bernhauser weist auf die beeindruckende Vielzahl der Kooperationen hin. Er fragt an, ob die Teilnahme am Musikunterricht im Rahmen der Kooperationen für die Kinder in den offenen Ganztagsgrundschulen und Kindertagesstätten kostenpflichtig sei und wenn ja, ob es eine soziale Staffelung gebe.

Herr Herweg führt aus, dass für die Projekte, die in den Schulen durchgeführt würden, ein kleiner Beitrag erhoben werde. Im Bereich des offenen Ganztags werde dagegen kein Beitrag erhoben. Eine soziale Staffelung gebe es im Kernangebot, aber nicht im Projektbereich, da hier individuell kalkuliert werden müsse.

Kunst- und Kulturbesitz

Herr Kleine dankt Herrn Dr. Vomm und Frau Dorothea Corts für ihre hervorragende Arbeit. Gleichzeitig möchte er sich bei den Spendern bedanken. Herr Dr. Miede schließt sich diesem Dank im Namen aller an. Frau Lehnert erweitert diesen noch auf den Kreis der vielen Ehrenamtlichen.

Bergisches Museum

Herr Gerhards hätte gerne bezüglich aller Punkte gewusst, ob im vergangenen Jahr die Haushaltsziele erreicht worden seien. Herr Dr. Speer verspricht eine schriftliche Beantwortung.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereiches 4:

Produkt 004.410 Kulturförderung: Ziele erreicht

Produkt 004.420 Bücherei: Ziel nicht erreicht, da kein Sponsor gefunden wurde. Das Ziel wird aber in 2009 erreicht werden, da zwischenzeitlich ein Sponsor gefunden wurde.

Produkt 004.430 VHS: Ziele erreicht
Produkt 004.440 HdM: Ziele erreicht
Produkt 004.450 Museen: Ziel a und b erreicht

Schulmuseum

Herr Kleine möchte gerne wissen, wann der Internetauftritt des Schulmuseums fertig gestellt sei und wie die Internetadresse laute.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereiches 4:
Der Internetauftritt des Schulmuseum ist fertig gestellt. Die Internettadresse lautet <http://www.das-schulmuseum.de/>

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

13 **Jahresbericht 2008 Theater Bürgerhaus Bergischer Löwe**

@->

Herr Kleine, Frau Koshofer und Frau Lehnert danken Herrn Pfenning für die gute Arbeit und das interessante Angebot.

Auf Rückfrage von Herrn Kleine teilt Herr Pfenning mit, dass die Eintrittspreise im Bereich „Abonnement“ um ca. 2,5 % und bei den Einzelveranstaltungen um ca. 5 % gestiegen seien.

Herr Kleine fragt noch an, ob bereits angedacht worden sei, den Namen Bergischer Löwe mit einem Sponsorennamen zu verbinden und ob die Möglichkeit bestehe, Sponsoren zu akquirieren bzw. ob hier Unterstützung benötigt werde.

Herr Pfenning sieht die die Verbindung des Hauses mit einem speziellen Sponsorennamen kritisch. Andere Sponsoren könnten ausbleiben oder sich zurückziehen. Sponsoren seien natürlich sehr wichtig. Die Akquirierung sei bei der momentanen wirtschaftlichen Lage sehr schwierig. Manche würden sich derzeit mit Bezug auf die Wirtschaftskrise eher zurückziehen.

Herr Mömkes pflichtet Herrn Pfenning in Bezug auf die Verbindung des Hauses mit einem Sponsorennamen bei. Die Marke „Bergischer Löwe“ müsse erhalten bleiben.

Auf Rückfrage von Frau Koshofer erläutert Herr Pfenning, dass in den Sommerferien auf Grund des begrenzten Etats keine Eigenveranstaltungen stattfinden wohl aber Fremdveranstaltungen, wie z.B. die Mitgliederversammlung der VR-Bank u.a..

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

Jahresbericht des Stadtarchivs 2008

@->

Auf Nachfrage von Herrn Schneeloch teilt Herr Dr. Eßer mit, dass es sich bei der unter Ziffer 3 genannten Archivquelle um eine Buchveröffentlichung mit 48 Texten aus dem Stadtarchiv zu den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen der Stadtgeschichte in der Zeit des Nationalsozialismus handele, gedacht für den Einsatz im Unterricht wie auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Herr Schneeloch äußert sich lobend über die Unterstützung des Stadtarchivs bei der Vorbereitung der Verlegung der Stolpersteine. Herr Dr. Eßer führt aus, dass die Zahl der verlegten Steine begrenzt sei, da die Zahl der aus dem Stadtgebiet stammenden und in den Archivquellen fassbaren jüdischen Opfer insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus begrenzt sei.

Frau Lehnert möchte gerne wissen, warum die Besucherzahl im Jahr 2007 so stark zurückgegangen sei. Herr Dr. Eßer erklärt, im Jahr 2006 sei das Stadtarchiv durch das Stadtjubiläum in ganz besonderem Maße in Anspruch genommen worden. Dadurch sei viel Verzeichnisarbeit und normale Arbeit liegen geblieben. In 2007 habe somit das Zugehen auf die Öffentlichkeit und die Projektarbeit nicht so sehr im Vordergrund gestanden. In 2008 seien die Besucherzahlen wieder angestiegen. Ferner werde das Stadtarchiv in den Jahren, in denen der bundesweite Tag der Archive und der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten stattfänden (alle 2 Jahre), stärker genutzt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Mieke teilt Herr Dr. Eßer mit, dass im Stadtarchiv Quellen zum Thema „Osteuropa in Bergisch Gladbach 1941 – 1991“ vorhanden seien.

Herr Kleine möchte noch gerne wissen, ob es vom Kölner Stadtarchiv nach dem schrecklichen Einsturz ein Hilfeersuchen gegeben habe oder ob die Stadt Bergisch Gladbach ihre Hilfe angeboten habe.

Herr Dr. Eßer teilt mit, derzeit sei der Auszubildende für den Beruf des Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste des Kölner Stadtarchivs zu einem mehrmonatigen Praktikum im Stadtarchiv. Ferner hätten mehrere Kollegen des Stadtarchivs bei den Bergungsarbeiten geholfen.

Frau Koshofer erkundigt sich nach den Bedingungen für die Verlegung der Stolpersteine, im speziellen für Paul Silberberg. Herr Dr. Eßer erläutert, die Stolpersteine würden vom Künstler Gunter Demnig verlegt. Er lege auch die Kriterien für die Verlegung fest. Herr Dr. Mieke empfiehlt, sich bei diesen speziellen Fragen direkt an den Künstler zu wenden. Der Ausschuss könne dies nicht entscheiden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

Kulturprojektförderung 2. Halbjahr 2008

@->

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

16 Jahresbericht 2008 der Bücherei Paffrath

@->

Herr Dr. Kerschner regt an, die Ausleihzahlen der städtischen Bibliotheken denen der Stadtteilbücherei Paffrath und evtl. der kirchlichen Bibliotheken gegenüberzustellen. Herr Dr. Speer nimmt diese Anregung auf.

Auf Nachfrage von Herrn Neu zu den in der Vorlage genannten Maßnahmen, durch die die Umsätze der Bücherei gesteigert werden könnten, erklärt Herr Dr. Speer, dass diese noch in der Planung seien und mit der Renovierung der IGP umgesetzt werden sollten.

Herr Willnecker fragt an, ob das Problem der fehlenden Beschilderung nicht kurzfristig gelöst werden könne.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

17 Neubau der Sport- und Schwimmhalle der Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath

@->

Herr Willnecker spricht der Verwaltung seinen Dank aus für die ausführlichen Erläuterungen.

Leider sei die Frage nach der Umsetzbarkeit einer 25-m-Bahn nicht beantwortet worden. Diese habe sich aber angesichts der nicht gegebenen räumlichen Möglichkeiten und der evtl. erheblichen Mehrkosten erübrigt. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion von Anfang an für die Sanierung gekämpft habe und nun froh sei, dass diese nun umgesetzt werde. Gleichzeitig sieht er dies aber auch als ein Verdienst des gesamten Fachausschusses, der übereinstimmend für dieses Projekt gekämpft habe.

Herr Dr. Miede bedankt sich für das Lob.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig, bei einer Enthaltung von FDP, folgenden **Beschlussvorschlag**:

<-@

@->

Dem Neubau der Sport- und Schwimmhalle Wilhelm-Wagener-Schule / Refrath wird – vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung - zugestimmt.

<-@

18 Antrag der BfBB Fraktion auf Errichtung oder Erweiterung einer Gesamtschule

@->

Herr Willnecker übernimmt die Leitung der Sitzung, da Herr Dr. Miede sich persönlich und für die Fraktion zur Sache äußert.

Herr Dr. Miede erklärt, er und die SPD-Fraktion vertreten das Konzept der Gesamtschule sowohl in der Stadt, wie auch im Land und Bund. Andererseits müsse der Fachausschuss lokale Gegebenheiten berücksichtigen und verantworten. Die Stadt Bergisch Gladbach habe eine Gesamtschule, die IGP in Paffrath. Diese sei voll anerkannt und habe entsprechende Erfolge, was die Zahlen beweisen würden. Derzeit gebe es 80 Abweisungen pro Jahr, d.h. 80 Schülerinnen und Schüler können in dieser Schule nicht aufgenommen werden. 80 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang hieße 3 Klassen zusätzlich (der Klassenrichtwert für alle Schulformen der S I liegt bei 28, für die Oberstufe bei 19,5).

Eine Erweiterung der IGP, was dem zweiten Teil des Antrages der BfBB entspreche, würde eine Erweiterung von 6 auf 9 Züge bedeuten. Pro Jahrgangsstufe in der Sekundarstufe I hätte man dann zwischen 250 und 270 Schülerinnen und Schüler. Würde man noch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II dazurechnen, käme man auf 2.000 Schüler insgesamt. Eine solche Schülerzahl sei weder pädagogisch sinnvoll noch für den Schulträger leistbar. Ferner müssten umfangreiche Umbau- und Erweiterungsbauten durchgeführt werden. Auch dies ist nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht leistbar. In Köln habe man nur noch zwei neunzügige Gesamtschulen (Holweide und Chorweiler). Diese wurden von 12 auf 9 Züge reduziert, da diese so nicht mehr gestaltbar gewesen seien. Alle anderen Kölner Gesamtschulen seien sechszügig.

Auch einer Errichtung einer neuen Gesamtschule könne die SPD-Fraktion nicht zustimmen. Die 80 abgewiesenen Schüler pro Schuljahr, die 3 Klassen entsprechen, würden für die Errichtung einer funktionsfähigen Gesamtschule nicht ausreichen. Für eine entsprechende Oberstufe benötige man 180 Schülerinnen und Schüler (6 Züge) pro Jahrgang, da 1/3 dieser Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe übergehen. Und eine Gesamtschule ohne Oberstufe sei keine Gesamtschule. Dazu müsste man einen neuen Standort haben. Hierfür kämen auf Grund der geografischen Gegebenheiten nur 2 Schulen in Frage: das Gymnasium Herkenrath (960 Schülerinnen und Schüler) und das Otto-Hahn-Gymnasium (1.208 Schülerinnen und Schüler). Beide Schulen hätten zwei Schultypen: Gymnasium und Realschule. Die SPD-Fraktion halte dies jedoch nicht für sinnvoll und für nicht machbar. Ferner sei man der Auffassung, dass dies keine Konzeption sei. Man könne florierende bestehende Gymnasien nicht auflösen, genauso wenig wie Realschulen.

Ferner gibt Herr Dr. Miede zu bedenken, dass die 80 abgewiesenen Kinder pro Jahr keine Fremdgänger seien. Diese würden die beiden noch existenten Hauptschulen und die Realschulen in Bergisch Gladbach besuchen. Derzeit habe die Hauptschule Im Kleefeld und die Hauptschule Ahornweg jeweils 38 Anmeldungen im 5. Jahrgang. Diese Kinder hätten ferner die Möglichkeit am Ende der Klasse 10 in die gymnasiale Oberstufe zu wechseln.

Herr Dr. Miede erklärt, die SPD-Fraktion werde daher die beiden Anträge der BfBB ablehnen, ungeachtet der Tatsache, dass sie natürlich für die Gesamtschule sei.

Herr Willnecker dankt Herrn Dr. Miede für seine Ausführungen.

Herr Mömkes schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen von Herrn Dr. Miede an. Bergisch Gladbach habe gut funktionierende weiterführende Schulen in

allen Schulformen, die durch eine erneute Einführung einer Gesamtschule nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Eine Mammutschule in Paffrath mit über 2.000 Schülerinnen und Schülern könnten sich weder Kinder, noch Eltern oder Lehrer wünschen. Auch finanziell sei die Veränderung in der Schullandschaft in den nächsten Jahren nicht leistbar, sowie die Realisierung der personellen Ausstattung durch das Land. Die CDU-Fraktion könne daher den Anträgen nicht zustimmen.

Frau Binzberger widerspricht einer Beschlussfassung über den Antrag, da dieser den anderen Mitgliedern des Ausschusses nicht vorliege. Sie schlägt als Alternative ein Kooperationsvertrag als Verbundschule zwischen Grundschule, Realschule und Gymnasium vor.

Frau Beisenherz-Galas findet die Diskussion widersprüchlich. Einerseits sei man für die Gesamtschule, andererseits sei dies aber auch nicht machbar. Ferner sei sie der Meinung, der Elternwille, die Kinder auf die Gesamtschule zu schicken, solle beachtet werden. Die Gesamtschule sei bei den Eltern eine beliebte Schulform. Ferner gebe es Schüler, die auf der Gesamtschule bessere Chancen hätten. Dies müsse berücksichtigt werden. Sie möchte gerne wissen, wie die Schulleitung der IGP sich zu einer Erweiterung stellt. Für eine Schule könne es doch auf Dauer nicht angenehm, sein jährlich immer 80 Schüler abzuweisen. Sie plädiere für eine erneute Überprüfung der Erweiterung der bestehenden Gesamtschule.

Herr Mumdey verweist auf die zukünftige Haushaltslage. Voraussichtlich sei man im nächsten Jahr im Nothaushalt. Die Investitionsmöglichkeit (Nettokreditaufnahme null minus ein Drittel) seien dann auf Grund der bereits geplanten Investitionen bei der Saaler Mühle und dem NCG stark eingeschränkt.

Herr Dr. Mieke weist den Einwand von Frau Binzberger zurück. Die Vorlage habe im April vorgelegen und sei an den Rat verwiesen worden. Der Rat habe den Antrag an den Ausschuss zurück verwiesen. Die Vorlage sei also bekannt gewesen. Ferner erklärt er, eine Verbundschule sei etwas völlig anderes und bedinge auch wiederum ein neues zusätzliches Gebäude. Man könne 1.000 Schüler nicht „in den Bus setzen“, unabhängig der Kosten. Auf die Frage von Frau Beisenherz-Galas zur Stellung der Schulleitung der IGP bzgl. einer Erweiterung erklärt er, diese sei strikt gegen eine Erweiterung und der Auffassung, eine Gesamtschule sei zur Bedarfsdeckung derzeit ausreichend, so lange nicht ein erhöhter Bedarf, der eine neue Schule notwendig mache, gegeben sei.

Frau Scheerer weist darauf hin, dass durch die Ablehnungen die Eltern auch keine Ganztagsbetreuung hätten. Sie regt an, eine Umfrage unter den Grundschulleitern zu machen, um den tatsächlichen Bedarf an Ganztagschulen und Gesamtschulen in der Sekundarstufe I und II festzustellen. Sie verweist auf die Stadt St. Augustin, die eine solche Umfrage gemacht habe mit dem Ergebnis, dass der Bedarf relativ hoch sei und für eine zweite Gesamtschule deckend sei.

Frau Koshofer gibt Frau Scheerer und Frau Beisenherz-Galas Recht. Den Wunsch der Eltern nach Ganztagsbetreuung könne sie nachvollziehen. Dies sollte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht vergessen und zukünftig angegangen werden. Die FDP-Fraktion sei nicht dafür Schulden zu machen, aber Investitionen in unsere Kinder sei etwas, wozu man doch stehen könne.

Herr Mömkes weist darauf hin, dass derzeit verschiedene Themen mit einander verknüpft würden. Zum einen gehe es um die Schulform Gesamtschule, zum anderen um das Thema Ganztagsbetrieb. Er macht darauf aufmerksam, dass es mittlerweile an vielen weiterführenden Schulen, die nicht Gesamtschulen seien, auch einen Ganztagsbetrieb gebe. Eine Versorgung im Ganztagsbetrieb gebe es somit nicht nur an der Gesamtschule. Zukünftig werde es ein Ganztagsbetrieb auch an den Gymnasien geben.

Herr Dr. Mieke stellt fest, dass er offensichtlich missverstanden worden sei. Er sei nicht gegen sondern für die Gesamtschule und zwar in jeder Art und Form. Allerdings sei er auch verantwortungsbewusst genug festzustellen, dass es derzeit bedauerlicherweise nicht möglich sei eine neue Gesamtschule zu errichten. Dies heiße aber nicht, dass er nicht gerne eine weitere Gesamtschule hätte. Da dies aber weder vom Schülerpotential noch von den Gegebenheiten machbar sei, könne er bedauerlicherweise nicht sagen, er sei dafür; er wäre dafür, wenn sich die Gegebenheiten ändern würden.

Herr Schneider fragt an, ob die abgewiesenen Kinder eine entsprechende Schulempfehlung hatten oder diese Wahl der Schulform auf den Wünschen der Eltern basiere.

Herr Pütz erläutert, auf der Grundschulempfehlung werde die Gesamtschule immer mit aufgeführt.

Herr Dr. Kerschner weist darauf hin, dass die abgewiesenen Kinder keine zusätzlichen Kinder seien, sondern diese die anderen Schulen in Bergisch Gladbach besuchen würden. Diese Kinder würden bei einer Erweiterung oder Errichtung einer Gesamtschule den anderen Schulformen fehlen, vornehmlich den Hauptschulen.

Herr Pütz merkt noch an, dass bezogen auf den Standort Herkenrath viele Kinder aus Kürten die Schulen in Herkenrath besuchen, da diese Kürtener Eltern sich bewusst gegen die Schulform Gesamtschule entschieden hätten. Das Otto-Hahn-Gymnasium sei derzeit das am stärksten nachgefragte Gymnasium in Bergisch Gladbach, dies gelte auch für die Otto-Hahn-Realschule. Dies müsse auch mitbedacht werden.

Herr Mömkes ergänzt dazu, dass es auch in Kürten Abweisungen an der dortigen Gesamtschule gebe, da diese an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt sei. Eine Erweiterung sei aber nicht geplant. Diese Kinder fänden dann an anderen Schulen Aufnahme.

Der Ausschuss stimmt sodann über den Antrag der Errichtung oder Erweiterung einer Gesamtschule ab.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und BfBB und zwei Enthaltungen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der BfBB-Fraktion auf Errichtung oder Erweiterung einer Gesamtschule wird abgelehnt.

<-@

@->

19

<-@

Antrag der FDP-Fraktion zum Projekt "Mach Dich auf den Weg" vom 30.03.09

@->

Herr Dr. Mieke übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Dr. Speer merkt an, dass das im Antrag der FDP-Fraktion aufgeführte Wermelskirchener Projekt nicht als Beispiel herangezogen werden könne, da Wermelskirchen eine Volkshochschule in einem Zweckverband betreibe. Zweckverbände könnten Anträge für berufsvorbereitende Maßnahmen im Auftrag der Arbeitsverwaltungen stellen, während Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft davon bisher noch ausgeschlossen seien. Eine Überprüfung, ob diese Trennung zwischen kommunalen und Volkshochschulen eines Zweckverbandes rechtens sei, finde derzeit statt. Zum jetzigen Zeitpunkt sei aber das Wermelskirchener Modell an der Volkshochschule Bergisch Gladbach nicht implementierbar.

Herr Dr. Mieke schlägt daraufhin vor, das Programm als Möglichkeit aufrecht zu erhalten, eine Entscheidung aber bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage durch die Bezirksregierung zurückzustellen.

Herr Gerhards betont, mit dem Antrag solle vorerst geprüft werden, welche Kosten entstehen könnten und ob es Deckungsmöglichkeiten durch den Europäischen Sozialfonds, das Schulministerium Nordrhein-Westfalen oder anderer Dritte gebe. Natürlich würde letztlich noch ein Betrag durch die Stadt zu decken sein. Den sei die FDP-Fraktion aber auch gewillt zu investieren, da es ja hier um eine Politik der sozialen Gerechtigkeit gehe. Jeder, der besser qualifiziert sei, habe auch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bekomme eher eine Arbeitsstelle, was auch die kommunalen Haushalte entlaste. Ein gewisser social return of investment sei hier zu berücksichtigen. Zusätzlich stellt er klar, dass eine Umschichtung von Mitteln nicht in Frage käme, sondern es sich um zusätzliche Investitionen handele. Er erläutert, dass derzeit doppelt so viele Schülerinnen und Schüler die Allgemeinbildenden Schulen in Bergisch Gladbach ohne Abschluss verließen, wie Plätze in den Nachqualifikationskursen zur Verfügung ständen. Die Nachfrage sei sehr groß. Beim Kolpingwerk kämen bis zu 120 Bewerber auf die zur Verfügung stehenden 24 Plätze pro Jahr. Es solle zunächst einmal ein Konzept erstellt werden, in dem die Kosten und die Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt würden, welches dann als weitere Beratungsgrundlage diene könne.

Herr Schneeloch verweist bezüglich der Finanzierung mit städtischen Mitteln auf die Ausführungen des Herrn Kämmerers zu TOP A18. Er plädiert dafür, abzuwarten bis die Rechtslage geklärt sei.

Herr Dr. Bernhauser schlägt vor, den Prüfauftrag an die Verwaltung weiter aufrecht zu erhalten. Er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Gerhards an, ein Konzept erstellen zu lassen, in dem Trägerschaften, Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten dargestellt seien. Jedem Schüler sollte ein angemessener Abschluss, mindestens der Hauptschulabschluss, ermöglicht werden.

Herr Dr. Mieke erklärt, dass die SPD-Fraktion seit Jahren Qualifizierungsmaßnahmen

unterstütze.

Herr Paaß merkt an, dass das Projekt „Mach Dich auf den Weg“ kein singuläres Projekt der Volkshochschule Bergisch Land sei. Es sei im Arbeitskreis der Volkshochschulen entwickelt worden. Problematisch sei der Ausschluss der Volkshochschulen in kommunaler Trägerschaft von berufsvorbereitenden Maßnahmen im Auftrag der Arbeitsverwaltungen. Gegen diesen laufe derzeit auf Basis der Dienstleistungsrichtlinie der EU ein Widerspruch. Diese Richtlinie sei auf Initiative der privaten Träger erlassen worden, die gerade kommunale Volkshochschulen aus dem Bereich des Hauptschulabschlusses nach Klasse 9 ausschließen wollten. Er weist darauf hin, dass gerade dieser Personenkreis (Schülerinnen und Schüler der Klasse 9) einer großen sozialpädagogischen Begleitung bedürfe. Herr Paaß hofft, dass dem Widerspruch bald statt gegeben werde, damit die Volkshochschule auch in diesem Bereich wieder aktiv werden könne.

Herr Dr. Mieke erklärt, dass der Ausschuss somit einen Prüfauftrag an die Verwaltung erteilen würde. Er stellt dies zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Prüfauftrag an die Verwaltung mit der Maßgabe der entsprechenden rechtlichen Verpflichtungen wird erteilt.

<-@

20 Anträge der Fraktionen

@->

Es liegen keine Anträge vor.

<-@

21 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Lehnert möchte gerne wissen, wie der Sachstand zum Ausbau der Förderschule zum Kompetenzzentrum sei, nach dem das Ministerium für Schule und Weiterbildung den weiteren Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren beschlossen habe.

Weiterhin hätte sie gerne einen Sachstandsbericht über den Skaterpark an der Saaler Mühle. Im Bürgerhaushalt habe es derzeit eine Anregung gegeben, der damals wohl auch aufgegriffen worden sei.

Beide Anfragen hätte sie gerne schriftlich beantwortet.

Frau Beisenherz-Galas weist auf die Veranstaltung „Engel der Kulturen“ hin, welche kürzlich auch in Bergisch Gladbach stattfand. Sie fragt an, ob die Verwaltung der Vorschlag erreicht hat, im Bereich des Rathauses eine Intarsie mit den Symbolen des Engels der Kulturen legen zu lassen. Eine Vorfinanzierung der Legung der Intarsie seitens der Stadt sei denkbar. Eine Refinanzierung könne durch den Verkauf von Gedenktalern stattfinden.

Herr Dr. Mieke teilt mit, dass ein Schreiben von Frau Bongard in dieser

Angelegenheit kurz vor der Ausschusssitzung bei der Verwaltung eingegangen sei und ihm nun vorliege. Eine Behandlung sei auf Grund der sehr kurzfristigen Zustellung nicht möglich und werde auf die nächste Ausschusssitzung verschoben. Frau Koshofer merkt dazu an, dass in Schildgen eine solche Bodenintarsie auf dem Dorfplatz gelegt worden sei. Refinanziert werde dies durch den Verkauf kleiner Anhänger.

Frau Binzberger hat eine Frage zur Reinigung der Räume und Toiletten in der Schule am Ahornweg und Herkenrath. Es sollte ein neues Konzept erstellt werden. Sie möchte wissen, warum es dieses Konzept noch nicht gebe, obwohl die Bodenbeläge seit 4 Jahren total verändert worden seien. Ferner möchte sie wissen, ob die Reinigung ausreichend sei und die vertraglich festgelegten Abläufe ausgeführt würden.

Herr Dr. Speer teilt mit, dass die Anfrage an den zuständigen Fachbereich 8 weitergegeben werde.

Frau Binzberger möchte weiterhin wissen, warum die Mensa am Ahornweg noch nicht bestuhlt sei, obwohl die Einweihung bereits stattgefunden habe.

Herr Pütz führt aus, dass die Bestuhlung der Mensa erst zum kommenden Schuljahr erfolge. Besondere, farblich abgestimmte Möbel seien gewünscht worden, somit habe sich die Bestellung und Lieferung verzögert.

Herr Buchen bedankt sich bei der Verwaltung für die Besichtigungsfahrt zu ausgewählten Schulen. Diese sei sehr informativ gewesen. Herr Dr. Mieke kündigt an, dass eine weitere Veranstaltung geplant sei.

Herr Dr. Mieke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung

<-@